

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 7. Mai 2025

Mittwoch, 7. Mai 2025, 18.30 Uhr
Bern, Atelier 14B

Teilnehmende Marianne Aeberhard (GL), Dieter von Blarer (Präsident, abtretend), Stephan Husy (Anwärter Präsident) Kaj Rennenkampff (Vorstand), Raffaella Massara (Vorstand), Katharina Fasel (Vorstand), Tarek Naguib (Team), Jeanne Durafour (Team), Nora Riss (Team), Mirjam Steiner (Team), Levi Holzäpfel (Team), Emilie Clavel (Mitglied), Michèle Gendotti (Mitglied)

Entschuldigt Susanne Rudolf (Vorstand), Andreas Noll (Vorstand), Livia Schmid (Team), Lea Schreier (Team), Meral Kaya (Team), Thomas Kindler (Treuhand)

Verantwortlich für das Protokoll Levi Holzäpfel

I. BEGRÜSSUNG UND GENEHMIGUNG TRAKTANDEN

Dieter von Blarer begrüsst alle anwesenden Personen. Das Protokoll der Mitgliederversammlung vom April 2024 wird genehmigt und verdankt.

2. JAHRESBERICHT

Der Jahresbericht zum Thema Rassismus wird auch dieses Jahr wieder gemeinsam mit den Mitgliederrechnungen per Post versandt.

Entscheid: Jahresbericht 2024 wird genehmigt.

Input zum Beratungsnetz für Rassismusopfer (Nora Riss):

Das Beratungsnetz für Rassismusopfer feiert in diesem Jahr sein 20-jähriges Bestehen. Gegründet wurde es 2005 von humanrights.ch in Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus EKR. Nora Riss hält fest, dass bis heute die grösste Aufgabe des Beratungsnetzes der jeweilige Jahresbericht darstellt. Dieser wurde 2008 zum ersten Mal publiziert. Waren es damals noch fünf Beratungsstellen mit 87 gemeldeten Fällen, die in den Jahresbericht einfließen, so sind es heute bedeutend mehr: 2024 wurden insgesamt 1211 Fälle registriert, eingegangen bei mittlerweile 24 Beratungsstellen auf kantonaler und drei auf nationaler Ebene.

Die Anzahl ausgewerteter Fälle für 2024 ist gleichbedeutend mit einem grossen Sprung gegenüber 2023. Nora Riss erklärt, dass dies auch damit zu tun habe, dass das Angebot der Meldestellen sowie die Thematik an sich bekannter wurden. Als Herausforderung sieht sie hier unter anderem, dass viele Meldungen ein hohes Mass an Komplexität mit sich bringen. Die meisten Fälle würden Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit betreffen. Im letzten Jahr stark zugenommen haben Fälle von antimuslimischem Rassismus, was sowohl auf eine eigens für diese Thematik geschaffene, neue Anlaufstelle als auch auf die politische Weltlage zurückzuführen ist.

Nora Riss hebt ausserdem hervor, dass es unterschiedliche Erhebungsformen bei den diversen Anlaufstellen gibt. So erhebt beispielsweise der Schweizerische Israelitische Gemeindebund SIG eher eine quantitative Erhebungsmethode betreibt, während das Beratungsnetz durch die direkte Beratung tiefere Einblicke und somit ein gutes Bild von Einzelfällen erhält. In der Medienlandschaft sind aber schlussendlich natürlich eher quantitative Erhebungsergebnisse gefragt.

Bei genauerer Betrachtung der eingegangenen Fälle ergibt sich folgendes Bild: der grösste Teil sind direkte Beratungen, darauf folgt sogleich der Anteil einfacher Meldungen von rassistischen Vorfällen. Interessant bei den Erhebungen sei auch der Aufenthaltsstatus der betroffenen Personen. Auch geht aus dem Bericht hervor, wo genau die Vorfälle geschehen: Hier stellt die grösste Kategorie der Bildungsbereich, gefolgt vom Arbeitsplatz. Zu den betroffenen Personengruppen kann gesagt werden, dass allgemeine Fremdenfeindlichkeit am meisten registriert wird, gefolgt von Anti-Schwarzem

Rassismus. Nora Riss möchte hier aber betonen, dass es im Einzelfall oft schwierig ist, zu entscheiden, welche Form genau zutrifft.

Damit der interne Austausch zur Weiterentwicklung des Netzwerkes gewährleistet werden kann, finden zweimal im Jahr nationale Treffen inkl. eines thematischen Workshops statt. Dazu existiert auch eine regionale Vernetzung, die gerade betreffend Sprachbarriere sinnvoll ist. Hier werden vor allem Fallinterventionen gemacht. Die angebotenen Weiterbildungsmodulare fokussieren sich in jüngster Zeit gezielter auf ein spezifisches Thema, aktuell gerade auf den Bildungsbereich, wozu auch ein Leitfaden erarbeitet wird. Bis Ende Jahr soll ausserdem eine Datenbank mit allen wichtigen Informationen bereitgestellt werden, die Website des Beratungsnetzes ist bereits heute online.

Momentan besteht noch eine Projektfinanzierung durch den Bund, inklusive eines Pilotprojektes mit Bericht und Datenauswertung. Allerdings ist nach 2026 noch nicht sichergestellt, wie es mit der Finanzierung weitergehen soll. Nora Riss zeigt sich aber optimistisch, da das Beratungsnetz sicherlich bereits einen guten Ruf und eine gewisse Relevanz erreicht habe. Im Zusammenhang mit der Finanzierung sei auch wichtig, dass die verschiedenen Beratungsstellen zu den unterschiedlichen Themenbereichen berücksichtigt werden. Die Gefahr, dass durch beschränkte finanzielle Mittel ein Konkurrenzkampf zwischen den Beratungsstellen entstehe, sei real. Ein Wunschscenario wäre hier zusätzlich, dass Beratungsstellen mit ähnlichem Fokus enger zusammenarbeiten würden. Ziel ist, dass eine hilfesuchende Person direkt an die jeweils für sie geeignete Fachstelle weitergeleitet werden kann.

Anschliessend werden Fragen aus der Mitgliederversammlung entgegengenommen:

Tarek Naguib: Wie sind die Regionen organisiert?

- ➔ Antwort Nora Riss: Die Romandie verfügt über ein eigenes Netzwerk, die nordwestschweizer Kantone haben sich zusammengeschlossen (BS, BL, BE, AG, SO), die innerschweizer Kantone (OW, NW, LU, SZ, UR) sowie ein breites Konsortium «Süd-Ostschweiz» (ZH, TG, SG, AI, AR, GL, GR, TI).

Tarek Naguib: Ist es nicht irritierend, dass die aufgeführten Fälle betreffend Intersektionalität äusserst spärlich ausfallen?

- ➔ Dies kommt vor allem durch die sehr unterschiedliche Fallerfassung zustande, aber vermutlich sind die Anzahl Fälle in dieser Kategorie tatsächlich zu tief angesetzt.

Jeanne Durafour: Gibt es – abgesehen für den Bereich Antisemitismus – andere Fachstellen, die sich spezifisch mit einer Thematik befassen?

- ➔ Beispielsweise in Genf gibt es eine neu geschaffene Anlaufstelle für Betroffene von muslimischem Rassismus. Ausserdem sind momentan viele Vorstösse zur Schaffung weiterer solcher spezifischen Fachstellen pendent.

Jeanne Durafour: Wurde die Kategorie Schule / Bildungsbereich von euch so gewählt?

- ➔ Ja, und zwar deshalb, weil es durchaus Sinn macht, diese Kategorie zu erfassen, da dort nicht nur viele, sondern auch einige schwere Fälle auftreten.

Dieter von Blarer: Gibt es eine Vernetzung mit Sans-Papiers-Beratungsstellen?

- ➔ Lokal existiert eine Vernetzung. Oft ist es aber vermutlich auch so, dass bei Menschen in einer solch prekären Situation nicht als erstes rassistische Vorfälle gemeldet werden.

Katharina Fasel: Sind Fahrende auch organisiert inkl. einer Anlaufstelle?

- ➔ Ja, es existiert eine Stiftung.

Michèle Gendotti: Kommen im Bildungsbereich vor allem Diskriminierungen von Lehrer*innen gegen Schüler*innen vor oder handelt es sich eher um Peer-Diskriminierung? Werden hier auch Präventionsworkshops durchgeführt?

- Hauptsächlich handelt es sich um Diskriminierungsvorfälle von Lehrer*innen gegen Schüler*innen. Betreffend Präventionsaufträge ist die Situation sehr uneinheitlich in den Kantonen. Das Ziel mit dem Schwerpunktthema Schule des Beratungsnetzes ist es, dass man wekommt von der individuellen Ebene und Einzelfälle als Anlass nimmt, um z. B. allgemein die Umgangskultur an der Schule zu überdenken.

3. JAHRESRECHNUNG UND BILANZ 24

Kaj Rennenkampff: Insgesamt kann ein leichter Gewinn verbucht werden, die einem budgetierten Verlust gegenübersteht. Hier muss allerdings beachtet werden, dass wir sowohl bei den Ein- als auch bei den Ausgaben unterdurchschnittlich abgeschlossen haben. Der leichte Gewinn kam letztlich durch Fonds-Bezüge zustande. Dadurch resultiert eine wesentlich tiefere Bilanzsumme als im Vorjahr.

Als Fazit geht aus dem Revisorenbericht hervor, dass alles in Ordnung ist. Die Buchhaltung wird korrekt geführt. Die Revision der MV empfiehlt, die Rechnung zu genehmigen, der Vorstand schliesst sich diesem Votum an.

Entscheid: Jahresrechnung und Bilanz 2024 werden genehmigt.

4. AUSBLICK AUF DAS VEREINSJAHR 2025

Organisation, Marianne Aeberhard:

Im nächsten Jahr erwarten uns gewisse Herausforderungen, gerade im Bereich Finanzierung der NGO-Plattform und der Beratungsstelle für Menschen im Freiheitsentzug.

Kampagne zum Antidiskriminierungsgesetz: Die dafür zuständige Arbeitsgruppe wird die nächsten zwei Jahre dafür verwenden, Gespräche in der Zivilgesellschaft zu führen, beginnend am 16. Juni. Es soll unter anderem ein Workshop durchgeführt werden, um Perspektiven zu konzentrieren und zu definieren, welchen Mehrwert das Rahmengesetz darstellen soll. Im laufenden Jahr wurden bereits einige Artikel zum Thema Antidiskriminierung veröffentlicht, weitere sind geplant. Ab März 2026 ist eine Veranstaltungsreihe in der gesamten Schweiz geplant. Hier soll getestet werden, ob von Seiten der Zivilgesellschaft überhaupt eine Motivation für ein solches Gesetz besteht.

Der Datentransfer der Grundlagenartikel an die Schweizerische Menschenrechtsinstitution SMRI wurde nach langer Arbeit abgeschlossen. Dieser Prozess war für humanrights.ch eine grosse Herausforderung. Der Transfer war sehr stark mit Vertrauensaufbau zu Beginn und anschliessend intensiver Überzeugungsarbeit betreffend finale Darstellung der Inhalte verbunden. Rund ein Drittel der ursprünglichen Website-Inhalte von humanrights.ch wurde übertragen.

Für die NGO-Plattform muss ein hohes Defizit budgetiert werden. An der morgigen (8.5.25) Sitzung der Kerngruppe werden die Hauptprobleme angesprochen werden. Darunter fallen eine zu hohe Budgetierung und eine fehlende Absicherung seit Gründung der SMRI. In Zukunft wird diese Stelle (Koordinator*in NGO-Plattform) gezielter an die Realität angepasst. Dies ist gleichbedeutend mit einer Reduktion des Pensums der Koordinationsleitung auf 25-30 Stellenprozente. Ein weiteres Problem ist das Defizit fürs Jahr 2024, was unter anderem mit einer Aufstockung der Stelle auf 60% zu tun hatte, ohne dass deren Finanzierung garantiert war. Ursprünglich wurde festgehalten, dass humanrights.ch das Budget der NGO-Plattform nicht tragen muss. Offen bleibt, wie die Mitglieder auf diese Tatsache reagieren. Mit Lea Schreier als Tarek Naguibs Nachfolgerin konnte eine interne Lösung gefunden werden, was sicherlich von Vorteil ist, da sie bereits nahe an der Arbeit der NGO-Plattform dran ist.

Die eigene, neue Website geht nicht wie geplant bereits im Juni, sondern eher am 10. Dezember online. Hier gibt es noch viel zu tun, da die Inhalte komplett neu angeordnet werden müssen. Die neue Website wird aber sicherlich einen Qualitätssprung für humanrights.ch mit sich bringen.

Im Rahmen eines Projektes mit Pro Mente Sana und Psychexodus wird angestrebt, einen Pikettdienst für die Psychiatrischen Dienste – ähnlich der bereits existierenden Hotline für Menschen im Freiheitsentzug – aufzubauen. Momentan wird die Idee im Stiftungsrat von Pro Mente Sana behandelt. Ausserdem ist Lobbyarbeit anstehend, damit in Zukunft Zwangseinweisungen verhindert werden können.

Fachstellen und Projekte, Marianne Aeberhard:

Uns steht ein Umbau der Beratungsstelle für Menschen im Freiheitsentzug bevor. Zumindest mit den jetzigen personellen und finanziellen Ressourcen kann die Beratungsstelle in der heutigen Form nicht weitergeführt werden. Deshalb steht vermutlich eine Reduktion der Tätigkeiten auf eine reine

Rechtsberatung bevor, die Medienarbeit etc. muss aller Voraussicht nach weggelassen werden. Die Beratungsstelle ist momentan überlastet. Eine Umorganisation ist zwingend nötig, weil sonst zusätzlich das Risiko besteht, dass die Stelle auch aus finanziellen Gründen nächstes Jahr geschlossen werden muss.

Eine Crowdfundingaktion für unseren Podcast Artikel Sieben ist geplant, um eine dritte Staffel zu finanzieren. Im September 2025 wird ein öffentlicher Anlass stattfinden: Eine Podcastfolge im Live-Format, in zwei Sprachen und mit prominenten Gästen. Vor kurzem wurde bereits ein Video fürs Crowdfunding gedreht.

Die Umstellung aufs neue Newslettertool von humanrights.ch ist in Planung.

Im Rahmen einer Sensibilisierungskampagne werden spannende Fälle strategischer Prozessführung direkt an humanrights.ch weitergeleitet, die anschliessend zusammengefasst und in einer Broschüre dargestellt werden sollen (inkl. Kriterien für strategische Prozessführung etc.).

Bei der Evaluation des Beratungsetzes für Rassismuspfer werden verschiedene Stakeholder befragt, was konkret für sie der Wert des Beratungsnetzes ist und welche langfristigen Finanzierungsmöglichkeiten für sie bestehen. Die Situation ist ein wenig heikel, da die Gefahr besteht, dass bei einer höheren Finanzierung fürs Beratungsnetz weniger Geld für die einzelnen Fachstellen gesprochen wird.

Der Transfer beim DOSYRA soll dazu führen, dass die Datenbank modernisiert wird und auch Auswertungen direkt erstellt werden können.

Geplant ist auch ein Buch «Menschenrechte Schweiz». Dieses beinhaltet kurze Texte / Essays zu verschiedenen Schnittpunkthemen und aktuellen Herausforderungen im menschenrechtspolitischen Bereich. Erarbeitet wird das Werk mit ca. 25 Autor*innen, am 10. Dezember ist eine Vernissage geplant. Im Mai wird der konkrete Inhalt im Rahmen eines Workshops noch genauer diskutiert. Die finanzielle Unterstützung ist unter anderem noch in Abklärung mit Helen Keller – ebenfalls Mitautorin – damit allenfalls sogar eine Druckversion erstellt werden kann.

5. BUDGET 2025

Kaj Rennenkampff: Auch wenn ein grösseres Defizit budgetiert wird, war Situation beispielsweise 2019 bereits schlimmer. Das Defizit ist somit keine sonderlich ungewöhnliche Situation. Momentan kann sich humanrights.ch dies aufgrund gut gefüllter Fonds noch leisten. Insgesamt gesehen ist aber auch dieses Defizit eigentlich bereits behoben, die Eintrittswahrscheinlichkeit eher gering. So gehen wir beispielsweise noch davon aus, dass das Geld zur Behebung des Defizits von den Kerngruppenmitgliedern der NGO-Plattform noch eingehen wird (und somit wie vereinbart nicht humanrights.ch dieses tragen muss). Ausserdem konnte durch die Stellenreduktion das Defizit zusätzlich eingedämmt werden.

Der Vorstand beantragt die Genehmigung des Budgets.

Entscheid: Das Budget 2025 wird genehmigt.

7. WAHL VORSTANDSMITGLIEDER/ERSATZWahl PRÄSIDIUM

Dieter von Blarer tritt aus als Präsident und Vorstandsmitglied zurück. Alle anderen bisherigen Mitglieder stellen sich erneut zur Wahl. Neu für den Vorstand gewonnen konnte Lauranne Macherel, für das Präsidium Stephan Husy, Rechtsanwalt aus Burgdorf, pensioniert und vorher während 37 Jahren im EDA tätig. Stefan kam im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit vielseitig mit der Menschenrechtsthematik in Berührung.

Entscheid: Alle bisherigen Vorstandsmitglieder werden bestätigt und die Anwärter*innen ins jeweils für sie vorgesehene Amt gewählt.

8. VARIA / ABSCHLUSS

Dieter von Blarer wird als langjähriger Präsident von humanrights.ch verabschiedet. Kaj Rennenkampff reflektiert dessen Engagement und Arbeit in einer kurzen Rede. Unter anderem wurde nach der Fusion mit dem Verein «Schutzfaktor M» erfolgreich die Selbstbestimmungsinitiative bekämpft. Dieter übergebe heute seiner Nachfolge trotz vieler Hürden eine stabile Organisation.